

Zur Notwendigkeit neuer Konzepte für die rechtswissenschaftliche Promotion

Gastautor

2014-04-11T08:28:52

von MARTIN PIAZENA



Unter

dem Titel „Die Promotion in der Rechtswissenschaft“ führte das [Zentrum für Fachdidaktik in der Rechtswissenschaft \(ZerF\) der Universität Hamburg](#) am 18. und 19.03. seine jährliche Tagung durch, dieses Mal zusammen mit der [Albrecht Mendelssohn Bartholdy Graduate School of Law](#). Bewusst wurde ein Thema gewählt, das in Deutschland und – wie einige Beiträge zeigten – auch in den Nachbarländern intensiven Diskussionen und Reformen ausgesetzt ist. Dies betrifft etwa die vielen Plagiatsfälle, die auch in der breiten Öffentlichkeit Beachtung gefunden haben oder die in Fachkreisen geführte Debatte um die Qualität der Doktorarbeiten und um die Existenzberechtigung der sogenannten „Statuspromotionen“, also solcher Arbeiten, die in erster Linie die Karrierechancen auf dem Arbeitsmarkt steigern und wohl erst an zweiter Stelle einen neuen Beitrag zur Wissenschaft leisten sollen.

Was soll die Dissertation sein?

Die Aktualität des Themas wurde in dem eindrucksvollen Auftaktvortrag von Prof. Dr. Stephan Rixen von der Universität Bayreuth aufgegriffen, der sich für eine stärkere Verantwortungsübernahme durch die betreuenden Professoren und Graduiertenschulen aussprach. In der anschließenden Diskussion kristallisierten sich dann bereits einige der zentralen Fragen heraus: Was soll die Dissertation sein – eine Leistung die die Promovenden vollkommen auf sich allein gestellt erbringen sollen bzw. müssen oder vielmehr ein gemeinsames Projekt von Doktorand und Doktorvater? Und: Welche inhaltlichen Kriterien soll eine Arbeit erfüllen, die zur Promotion führt?

Das Problem ungleicher Ausgangsbedingungen

In den Vorträgen und Debatten der Tagung wurde dann zwischen zwei Formen des Promovierens differenziert: Während unter der Bezeichnung „intern“ diejenigen Promotionsvorhaben gemeint waren, bei denen die Doktorandin bzw. der Doktorand noch in irgendeiner Form in die Universität eingebunden sind, entweder als wissenschaftlicher Mitarbeiter oder als Mitglied eines universitätseigenen Promotionsprogramms, wurden solche Promotionsvorhaben als „extern“ bezeichnet, die praktisch außerhalb des universitären Rahmens stattfinden. Auch wenn diese Begrifflichkeiten etwas plakativ erscheinen, kann konstatiert werden, dass diese Kategorisierung jedenfalls die sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, die unter den Promovenden bestehen, auf den Punkt bringt. Bekanntlich ist es in der Rechtswissenschaft keineswegs der Normalfall, dass das Schreiben einer Dissertation mit einer wissenschaftlichen Mitarbeiter- bzw. Assistentenstelle verbunden ist. Wer diese Lebensphase selbst finanzieren will oder bei bereits vorhandener Vollzeitberufstätigkeit außerhalb der Universität zu bewältigen hat, wird hierfür zumeist einen anderen zeitlichen Rahmen benötigen als derjenige, der durch ein Vollstipendium gefördert wird. Zutreffend stellten die Tagungsteilnehmerinnen und Teilnehmer heraus, dass der „kurze Weg“ zum Doktorvater bzw. zur Doktormutter sowie die an der Universität jederzeit zugänglichen Literaturressourcen einen wesentlichen Vorteil der „internen“ Promotion darstellen. Auch wenn einer „externen“ Promotion nicht grundsätzlich unterstellt werden kann, weniger wissenschaftlichen Tiefgang zu haben, so scheinen die hinsichtlich eines sich offenbarenden generellen Qualitätsgefälles zwischen „internen“ und „externen“ Promotionen geäußerten Bedenken nachvollziehbar.

Promotionskonzepte in anderen Ländern

Ergänzt wurde die Diskussion um die Qualität und Zukunft der rechtswissenschaftlichen Promotion um die interessanten Einblicke in das europäische Ausland von Prof. Dr. Mark Van Hoecke (Belgien), Prof. Dr. Mathias Siems (Großbritannien), Ass.-Prof. Dr. Michelle Cottier (Schweiz) und Prof. Dr. Karsten Engsig Sørensen (Dänemark). Die Gäste aus dem Ausland zeigten auf, dass die Fragen nach Bedeutung, Status und Reform der Promotion nicht auf Deutschland beschränkt sind. Ob die vorgestellten Konzepte, wie beispielsweise die sehr intensive und exklusive Individualbetreuung eines Promotionsvorhabens an britischen Universitäten oder ein dreispuriges System wie in Dänemark, bei dem die Promotion wahlweise zum „Dr. iur.“, zum „Ph.D.“ oder zum sogenannten „Industrial Ph.D.“ (eine besondere Form der Promotion für Praktiker) erfolgt, auch in Deutschland übernommen werden können, sollte sehr sorgfältig geprüft werden. Ein Anstoß für Reformen an deutschen Universitäten können sie jedoch allemal sein.

Neue Ansätze in Deutschland

Dass auch in Deutschland die Reformansätze bereits konkrete Formen annehmen, zeigt sich unter anderem am Beispiel neuer strukturierter Promotionsprogramme, die oftmals in den Kontext von Graduiertenkollegs oder -schulen eingebunden sind. Diese Programme sind vor allem durch promotionsbegleitende Veranstaltungen

wie Workshops und Seminare für ihre Doktorandinnen und Doktoranden gekennzeichnet. Zum Teil besteht für die Doktorandinnen und Doktoranden eine Teilnahmepflicht. Strukturierte Promotionsprogramme und Graduiertenschulen sind neue Herangehensweisen, denen auf jeden Fall die Chance eingeräumt werden sollte, sich zu beweisen.

Die Notwendigkeit eines Umdenkens

In der Schweiz – so das Fazit von Frau Ass.-Prof. Dr. Cottier – scheinen die positiven Erfahrungen mit der Umsetzung des Bologna-Prozesses im Bereich der Promotion und der daraus resultierenden Einführung strukturierter Doktorandenprogramme jedenfalls zu überwiegen. Ob durch derartige Programme also tatsächlich eine Verschulung zum Nachteil grundsätzlich freier wissenschaftlicher Forschung zu befürchten ist, bleibt abzuwarten. Der Kritik an den strukturierten Promotionsprogrammen, die sich etwa am Begriff der „Dokorandenausbildung“ entzündet, ist entgegenzuhalten, dass das Studium der Rechtswissenschaft in Deutschland heutzutage immer praxisorientierter ausgestaltet wird und immer weniger auf einen Berufsweg in der Wissenschaft vorbereitet. Werden beispielsweise diejenigen Pflichtstudienleistungen, die tatsächlich wissenschaftliches Denken und Hinterfragen erfordern (vor allem Haus- und Seminararbeiten) zugunsten anderer Studienleistungen Stück für Stück zurückgefahren, so kann es kaum verwundern, dass selbst promotionsinteressierte Absolventen häufig Defizite im wissenschaftlichen Arbeiten aufweisen und damit schon die Basis für das Schreiben einer Dissertation fehlt. Der wissenschaftliche Diskurs, die in die Tiefe gehende Auseinandersetzung und Analyse von Quellen und das entwickeln neuer eigener Lösungsansätze sind nun einmal Kompetenzen, die für das Erreichen einer Prädikatsnote im Staatsexamen nicht erforderlich – möglicherweise sogar hinderlich – sind. Soll aber die fachliche Qualität der künftigen Dissertationen gesteigert und eine gute wissenschaftliche Praxis gesichert werden, um auch in der Zukunft exzellenten wissenschaftlichen Nachwuchs zu generieren, kann es nicht verfehlt sein, die hierfür grundlegenden Voraussetzungen zu schaffen. Jede Doktorandin und jeder Doktorand sollte zumindest über ein hinreichendes „Handwerkszeug“ verfügen, um die Herausforderung einer eigenständigen wissenschaftlichen Arbeit erfolgreich zu meistern.

Die Jahrestagung des ZerF und der Albrecht Mendelssohn Bartholdy Graduate School of Law hat gezeigt, dass ein Reformbedarf im Bereich der rechtswissenschaftlichen Promotion besteht. Die Debatte hat gerade erst begonnen und so ist zu wünschen, dass es nicht allein bei der Erkenntnis des Reformbedarfs bleibt, sondern diese genutzt wird, um die notwendigen Veränderungen in der Promotionsphase voranzutreiben.

